



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Innere Sicherheit: Bewährte Strukturen stärken, keine fragwürdigen Experimente!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag setzt sich dafür ein, dass die Gewährleistung innerer Sicherheit und die Optimierung der Sicherheitslage mit verantwortungsvollem Augenmaß erfolgt und gleichzeitig Personalbindung und Organisationsabläufe in Doppelstrukturen dringlichst vermieden werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- aufgrund der Komplexität der Anforderungen, insbesondere durch die sich ständig ändernden Sicherheits- und Gefahrenlagen, die Bayerische Polizei zur Sicherstellung ihrer Leistungsfähigkeit mit ausreichend personellen Ressourcen und Gewährleistung von Fortbildungszeiten auszustatten und nicht mit der Einrichtung einer bayerischen Grenzpolizei weiter zu belasten.
- um das Funktionieren der Justiz zu gewährleisten, eine ausreichende Zahl von Beschäftigten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sicherzustellen.
- sich nicht auf die Pilotierung und Einrichtung von Anker Zentren zu fokussieren, sondern für einen reibungslosen Ablauf von Asylverfahren entsprechend auch ausreichende Richterstellen zu schaffen,
- durch ein neues Landesamt für Asyl, keine Doppelstrukturen zu schaffen und unnötig Personal zu binden, dass an anderer Stelle – in den bewährten Strukturen – benötigt wird.

Begründung:

Fast jede zehnte Stelle bei der Bayerischen Polizei ist unbesetzt – Tendenz steigend, wie aus einem Schreiben des Staatsministeriums des Innern und für Integration hervorgeht. Eine neue bayerische Grenzpolizei würde den Blick in die falsche Richtung wenden. Bereits jetzt ist viel zu wenig Polizei vor Ort und dennoch soll noch mehr Personal in einer zusätzlichen Behörde gebunden werden. Sicherheitspolitische Belange werden in dieser Planung außer Acht gelassen. Die Polizei muss weiter gestärkt werden und nicht durch Doppelstrukturen immer mehr in personelle Ausnahmesituationen manövriert werden.

Bereits jetzt haben Polizistinnen und Polizisten kaum noch Zeit für Schulungen und Fortbildung. Die Pläne für eine bayerische Grenzpolizei gehen komplett an den Bedürfnissen der Polizei und unserer Bürgerinnen und Bürger vorbei und tragen definitiv nicht zur Wahrung der inneren Sicherheit bei.

Doppelstrukturen zum Bund zu konstruieren sind destabilisierende Maßnahmen, die in dieser Form nicht hinzunehmen sind. Geltendes Recht kann nur durchgesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass ausreichend Personal vorhanden ist und die Zuständigkeiten eindeutig sind.

Ähnliches gilt für das geplante Landesamt für Asyl. Die Justiz braucht mehr Richterstellen um die Asylverfahren zügig und angemessen bearbeiten zu können und nicht eine zum Bund konkurrierende Behörde, die zusätzlich Personal bindet. Hier ist ein besonnenes Vorgehen dringend notwendig. Vorhandene und bewährte Strukturen müssen weiter gestärkt werden. Die Arbeit der Behörden in Bayern darf nicht durch Experimente mit neuerlichen Strukturen herabgewürdigt werden. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Bayerische Polizei und Justiz muss durch Personalstärke und Verlässlichkeit stabilisiert werden, hier muss der Fokus bleiben, um in Bayern den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin Sicherheit auf einem hohen Niveau gewährleisten zu können.